

Gemeinsam arbeiten – getrennt verdienen?

Glaut man den Berichten der Medien, dann befindet sich die deutsche Wirtschaft insgesamt in einer sehr guten Verfassung. Von Krise oder Stagnation ist im Jahr 2013 nicht die Rede. Deutschland ist einer der exportstärksten Staaten der Welt. Die europäischen Nachbarländer schauen zu uns herüber, um zu ergründen, wie die anhaltenden Erfolge zu erklären sind.

Auf der Haben-Seite stehen die Exporterfolge der Wirtschaft und ein Rückgang der offiziellen Arbeitslosenzahlen unter drei Millionen. Auf der anderen Seite offenbart sich aber eine zunehmende Spaltung des Arbeitsmarktes. Die Zuwächse bei den Einkommen von Managern sind enorm. Bei den normalen Arbeitnehmern sieht dies ganz anders aus: Nur die Beschäftigten mit unbefristeten, nach Tarif bezahlten Vollzeitstellen haben bedingt Teil am wirtschaftlichen Aufschwung. Aber selbst bei ihnen lagen die Lohn- und Gehaltssteigerungen unterhalb der Inflationsrate, d. h. real hatten sie monatlich weniger Geld zur Verfügung.

Beschäftigte in unsicheren oder schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen jenseits der Tarifverträge rutschen hingegen deutlich ab. Die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums in Deutschland ist in eine Schieflage geraten. Die soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland wird dennoch – zumindest verbal – von allen bedeutenden Parteien und Interessenverbänden hochgehalten. Ein wichtiger Grundsatz ist hier, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich nicht zu weit öffnen darf. Alle Bürger sollen am Wohlstand teilhaben, die Ungleichheit darf nicht zu groß werden. Die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist in den vergangenen Jahren allerdings immer größer geworden.

LEITFRAGEN

- ▶ Wie konnte es im letzten Jahrzehnt zu der zunehmenden Schieflage in der Verteilung von Einkommen und Vermögen kommen?
- ▶ Ist es allein Aufgabe der Politik, Lösungen für das Verteilungsproblem zu finden?
- ▶ Welche Rolle spielen dabei die Tarifparteien?

M1 ▶ Welt der Arbeit



M2 Wohlstand für alle – anderen

Was für ein Jahr liegt hinter dem Autohersteller Audi und seinen Beschäftigten, ein Jahr mit dem höchsten Gewinn in der Unternehmensgeschichte, einem Millionenbonus für den Chef und stattlichen Prämien für viele Mitarbeiter – und wenig bis nichts für die, die ganz unten stehen.

Genau genommen steht Nadja Klöden in der Hierarchie des Ingolstädter Konzerns nicht einmal ganz unten, sie steht abseits und ist doch mittendrin. Die 28-Jährige hat Betriebswirtschaft studiert, heute arbeitet sie als Projektassistentin in der Verwaltung. Angestellt ist sie jedoch bei der Dienstleistungsfirma BFFT, die auf Werkvertragsbasis den Ersatzteilvertrieb zwischen den VW-Töchtern, darunter auch Audi, organisiert. Deshalb verdient Nadja Klöden bei einer 40-Stunden-Woche 800 Euro weniger als vergleichbare Audi-Angestellte. Sie trägt zwar zum Erfolg des Unternehmens bei, profitiert aber nicht unmittelbar davon. Sie bekommt weder Gehalt auf Audi-Niveau noch irgendeinen Bonus.

Helen Kozilek geht es ähnlich. Die 26-Jährige arbeitet Tag für Tag bei Audi am Band, aber ihren Lohn zahlt nicht der Autohersteller, sondern die Zeitarbeitsfirma Tuja, die zum Branchenriesen Adecco gehört. Verglichen mit Klöden darf sich Kozilek jedoch als Besserverdienerin fühlen. Normalerweise liegt der Tarif für Zeitarbeiter in ihrer Gehaltsgruppe bei knapp zehn Euro pro Stunde. Aber die IG Metall hat mit Adecco einen Tarifvertrag abgeschlossen, der Kozilek immerhin den Metalltarif von 16 Euro beschert. Einen Bonus aber bekommt auch Kozilek nicht.

Richtig gut schneidet dagegen Franz Wolff ab. Seit 32 Jahren arbeitet er für Audi in der Instandhaltung der Lackiererei in Ingolstadt. Wolff hat eine 35-Stunden-Woche, er verdient nach dem Metallflächentarifvertrag 3300 Euro brutto im Monat. Über einen Haustarifvertrag zwischen Betriebsrat und Vorstand bekommt der gelernte Automechaniker eine Gewinnbeteiligung. Dieses Jahr überweist der Arbeitgeber einen Bonus von mehr als 10 000 Euro an den 57-Jährigen. Der Audi-Durchschnitt liegt bei 8251 Euro – ein Rekord. Audi schätzt Wolffs Anteil am Erfolg – und lässt ihn daran teilhaben. Rekordverdächtig ist auch das Gehalt von Audi-Chef Rupert Stadler, es stieg im vergangenen Jahr um 73 Prozent auf 7,6 Millionen Euro. Ein Konzern. Vier Arbeitnehmer. Vier Welten.

Wohlstand für alle“, lautete einst das Credo Ludwig Erhards, des ersten Wirtschaftsministers des Landes. Dieses Versprechen prägte die Bundesrepublik über Jahrzehnte, es unterschied sie von vielen anderen Volkswirtschaften. Doch was ist dieses Versprechen heute noch wert?



Ludwig Erhard und sein Bestseller, 1957, Bundesarchiv, B 145 Bild-F004204-0003 / Adrian, Doris / CC-BY-SA

Die Arbeitswelt zerfällt. Auf der einen Seite stehen Manager, Fachkräfte und Stammebeschäftigten, die davon profitieren, dass gutausgebildete Arbeitskräfte knapp sind. Auf der anderen Seite steht jene Personalreserve, die je nach Bedarf eingestellt und wieder entlassen werden kann – als Leiharbeiter oder über Werkverträge, über Teilzeitarbeit oder befristete Jobs. Viele von ihnen arbeiten außerhalb tarifvertraglicher Regelungen. Arbeitsmarktexperten sehen in dieser zunehmenden Flexibilität den Preis des Erfolgs, ein notwendiges Übel, das den Aufstieg der deutschen Volkswirtschaft vom kranken Mann Europas zum ökonomischen Musterknaben des Kontinents erst möglich machte.

Tatsächlich geht es der deutschen Wirtschaft heute besser denn je. Die Konzerne erzielen Rekordgewinne, die Zahl der Erwerbstätigen ist 2011 auf einen neuen Höchststand gestiegen, die Nürnberger Arbeitsverwaltung zählt nur noch drei Millionen Erwerbslose. [...]

„In keinem anderen europäischen Land ist die soziale Ungleichheit so stark gewachsen wie in Deutschland“, sagt Gerhard Bosch, Arbeitssoziologe und Direktor des Instituts Arbeit und Qualifikation an der Universität Duisburg-Essen (IAQ). [...] Es ist paradox: In einer Zeit, in der sich die Wirtschaftseliten der USA und Großbritanniens die Erfolgsrezepte der deutschen Industrie zum Vorbild nehmen, nähert sich die Sozialstruktur der Bundesrepublik zunehmend einer Drei-Klassen-Gesellschaft an: An der Spitze stehen Manager mit rasant steigenden Millionengagen. Dann folgen die gutausgebildeten und ordentlich bezahlten Angestellten- und Facharbeiterheere der modernen Informations- und Industriegesellschaften. Den Schluss bilden Berufsgruppen, die einst zum Kernbestand der traditionellen Arbeitswelt zählten: Verkäuferinnen, Köche und Kellner oder Erzieherinnen, die heute nicht selten weniger verdienen als vor zehn Jahren. [...]

Fortsetzung S. 3

Wenn nichts geschieht, wird die Kluft zwischen denen, die am wachsenden Wohlstand teilhaben können, und denen, die abgekoppelt sind, noch weiter wachsen. Denn die Reformen der vergangenen Jahre haben eines ihrer beiden Ziele klar verfehlt: Mehr Leiharbeit und befristete Arbeitsverhältnisse sollten den Arbeitsmarkt flexibler machen und so zu mehr Beschäftigung führen. Das ist gelungen. Sie sollten aber auch eine Brücke aus der Arbeitslosigkeit in feste, gutbezahlte Jobs bilden. Das ist missglückt. [...]

Der Abstand zwischen oben und unten wächst, und das nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Staaten weltweit, so stellen Organisationen wie der Internationale Währungsfonds oder die OECD fest. Die Experten sehen in der wachsenden Kluft eine Gefahr für das nachhaltige Wachstum der Volkswirtschaften. „Dieses Ziel erreichen wir nur, wenn der Wohlstand über die Einkommen breiter verteilt wird“, sagt der Wirtschaftsweiser Peter Bofinger. [...]

Um die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen, müssen der Arbeitsmarkt sowie das Steuer- und Sozialsystem grundlegend umgestaltet werden:

► Der Niedriglohnsektor ist in den vergangenen Jahren nicht zuletzt deshalb so stark gewachsen, weil es gesetzliche Mindestlöhne bislang lediglich in ausgewählten Branchen gibt. Würde dagegen eine bundesweite Verdienstgrenze von 8,50 Euro eingeführt, würden rund 25 Prozent aller weiblichen Beschäftigten auf einen Schlag mehr Geld bekommen. Bei den Männern wären es immerhin noch knapp 15 Prozent.

► Die Steuerlast für Besserverdiener hat in den vergangenen Jahren deutlich abgenommen. Erst schaffte Altkanzler Helmut Kohl die Vermögensteuer ab, dann senkte SPD-Regierungschef Gerhard Schröder die Einkommensteuer. Doch der Abbau ging zu weit, so beklagen inzwischen IWF und OECD, bei Gutsituierten müsse der Staat wieder stärker zugreifen, etwa durch höhere Steuern auf Immobilien oder Erbschaften.

► Gering- und Normalverdiener werden im deutschen Sozialsystem besonders stark belastet, weil etwa die Beiträge zur Krankenversicherung nur bis zu einem Bruttojahreseinkommen von derzeit 45.900 Euro zu entrichten sind. Was darüber liegt, bleibt abgabenfrei. So muss ein leitender Ingenieur mit einem Jahresverdienst von 150.000 Euro lediglich 6,6 Prozent seines Einkommens an die Sozialkassen abführen. Bei einem Hilfsarbeiter, der lediglich ein Zehntel dieses Betrags verdient, werden dagegen 20,7 Prozent fällig. Die Ansprüche auf Arbeitslosengeld oder Rente, die er dafür erwirbt, liegen jedoch nicht selten nur auf dem Niveau der Sozialhilfe, auf die er

ohnein Anspruch hätte. Um diesen Nachteil auszugleichen, forderte der Deutsche Gewerkschaftsbund schon vor Jahren ein sogenanntes Freibetragsmodell, das Geringverdiener entlasten würde. [...]

Wohlstand für alle – anderen, SPIEGEL- 17/2012, S. 75 ff, gekürzt, www.spiegel.de/spiegel

A1

- a) Fassen Sie die Aussagen von M2 in wenigen Kernsätzen zusammen. Tipp: Beachten Sie bei Ihrer Analyse des Textes die Aussagen zu einer „Drei-Klassen-Gesellschaft“ und der Entwicklung von Vermögen- und Einkommensteuer sowie der Sozialabgaben.
b) Erläutern Sie, welchen Standpunkt die Autoren des Artikels M2 beziehen und welche Forderungen sie stellen. Belegen Sie Ihre Aussagen mit entsprechenden Zitaten.

A2

- a) Analysieren Sie die Karikatur M1.
b) Nehmen Sie anschließend unter Einbeziehung der Aussagen von M2 die Position eines Abgeordneten des Deutschen Bundestages ein und entwickeln Sie in Kleingruppen eine Strategie, wie Beschäftigten in dieser Lage geholfen werden könnte.
c) Führen Sie anhand Ihrer Gruppenergebnisse eine Pro- und Kontra-Debatte über die erarbeiteten Lösungsansätze durch. Tipp: Beachten Sie in der Diskussion, dass ggf. den verschiedenen Lösungsstrategien unterschiedliche Zielvorstellungen zugrunde liegen.

M3 Kapitaleinkommen wachsen

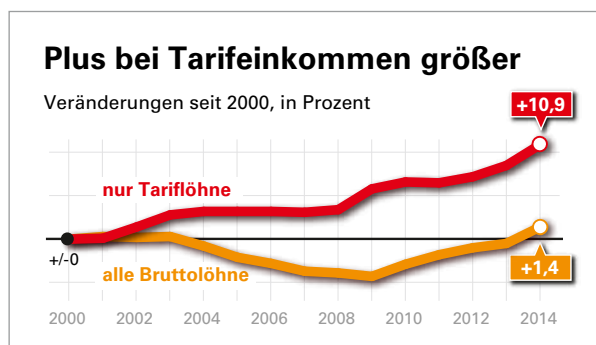
Real, also nach Abzug der Preissteigerung, sind die durchschnittlichen Bruttolöhne je Beschäftigtem in Deutschland zwischen 2000 und 2012 um rund 1,8 Prozent gesunken. Das zeigen neue Berechnungen des WSI-Tarifarchivs. Die vergangenen drei Jahre, in denen die Löhne real um 1,2, um 1 und 0,6 Prozent zulegten, haben die erheblichen Verluste noch nicht ausgeglichen, die zuvor aufgelaufen waren. Schwierige wirtschaftliche Rahmenbedingungen und die Deregulierung am Arbeitsmarkt hatten dazu beigetragen, dass sich die Arbeitseinkommen in den Nullerjahren schwach entwickelten. So verstärkten die Hartz-Reformen den Druck auf die Verdienste. Der Niedriglohnsektor wuchs. Immerhin wird der Rückstand kleiner: 2009 hatten die realen Bruttolöhne sogar um 4,6 Prozent niedriger gelegen als 2000.

Stärker haben sich die Tariflöhne und -gehälter entwickelt. Sie waren 2012 real um 6,9 Prozent höher als 2000. In den meisten Jahren dieses Zeitraums beobachteten die WSI-Experten eine negative Lohndrift. Das heißt: Die Bruttoeinkommen, in die unter anderem auch die Löhne der nicht nach Tarif bezahlten Arbeitnehmer einfließen, blieben hinter den Tarifeinkommen zurück. "Das zeigt, dass das Tarifsystem in der vergangenen Dekade mehr denn je das Rückgrat der Lohnentwicklung in Deutschland war", sagt Tarifexperte Reinhard Bispinck. Jedoch nahm die Prägekraft im gleichen Zeitraum ab, vor allem, weil die Tarifbindung sank und Unternehmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten tarifliche Öffnungsklauseln nutzten. Daher schlugen Steigerungen bei den Tariflöhnen nur zum Teil auf die Bruttoverdienste durch.

Die Einkommen aus Vermögen und Unternehmensgewinnen haben die Arbeitseinkommen seit der Jahrtausendwende deutlich hinter sich gelassen, zeigen die WSI-Daten: Zwischen 2000 und 2012 legten sie nominal um rund 50 Prozent zu, trotz eines zwischenzeitlichen Einbruchs in der Wirtschaftskrise 2009. Die nominalen Arbeitnehmerentgelte wuchsen dagegen nur um knapp 24 Prozent. [...]

Reallöhne niedriger als im Jahr 2000, Böckler Impuls 2/2013

M4 Entwicklung der Brutto- und Tariflöhne



Statistisches Bundesamt, WSI-Tarifarchiv 2015 | Böckler Impuls 3/2015

A3 Erläutern Sie die Aussagen von M3 in wenigen Kernsätzen. Beziehen Sie die Grafik M4 ein und erklären Sie, was mit „negativer Lohndrift“ gemeint ist.

M5 Wirtschafts-, Tarif- und Verteilungsdaten in Deutschland 2000 bis 2014

Veränderungen in Prozent zum Vorjahr

	2000	2002	2004	2006	2008	2010	2012	2014
1 Bruttoinlandsprodukt real	3,0	0,0	1,2	3,7	1,1	4,1	0,4	1,6
2 Lebenshaltungskosten	1,4	1,4	1,6	1,5	2,6	1,1	2,0	0,9
3 Produktivität je Stunde	2,6	1,2	1,0	1,9	0,2	2,5	0,6	0,1
4 Verteilungsspielraum 2+3	4,0	2,6	2,6	3,4	2,8	3,6	2,6	1,0
5 Tarifentgelte	2,4	2,7	2,0	1,5	2,9	1,8	2,7	3,1
6 Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde	2,9	2,0	0,8	-0,7	2,9	0,9	3,9	2,0
7 Reale Tarifentgelte 5-2	1,0	1,3	0,4	0,0	0,3	0,7	0,7	2,2

Quelle: Statistisches Bundesamt, WSI, Stand: Januar 2015
Vereinfacht nach: Statistisches Taschenbuch Tarifpolitik 2015, Hans-Böckler-Stiftung 2015

M6 Ein Vergleich: Gewinn- vs. Arbeitseinkommen

Statistisches Bundesamt 2015 | Böckler Impuls 3/2015

A4

- Analysieren Sie die Grafik M6. Leiten Sie in Partnerarbeit politische Forderungen daraus ab.
- Diskutieren Sie im Plenum Ihre Forderungen und nehmen Sie Stellung zu vorgetragenen Werturteilen.

A5

- Werten Sie in Kleingruppen die Tabelle M5 aus. Erörtern Sie im zweiten Schritt, welche aktuellen Tarifforderungen sich ergeben könnten.
- Recherchieren Sie die Forderungen der IG Metall im Rahmen der Tarifverhandlungen 2012. Tipp: Beachten Sie, dass es dort nicht nur um Lohnforderungen ging.
- Präsentieren Sie Ihre Ergebnisse und diskutieren Sie diese im Plenum.

ERKLÄRUNGEN

Leih-/Zeitarbeitsfirma – so wird ein Unternehmen bezeichnet, das seine Beschäftigten an andere Unternehmen vermietet. Die Beschäftigten leisten **Leih-/Zeitarbeit**, weil sie nur für eine bestimmte Zeit in dem Unternehmen arbeiten dürfen, an das sie ausgeliehen werden. In Deutschland regelt das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz die Zeitarbeit.

Ein **Flächentarifvertrag** ist ein Tarifvertrag zwischen einer Gewerkschaft und einem Arbeitgeberverband, der für einen Wirtschaftszweig (z. B. den Einzelhandel) in einem bestimmten räumlichen Geltungsbereich gilt (z. B. einem Bundesland). Er ist für alle Arbeitgeber verbindlich, die dem Arbeitgeberverband angehören, der den Vertrag abgeschlossen hat.

Haustarifvertrag wird ein Tarifvertrag genannt, der direkt zwischen einem Unternehmen und einer Gewerkschaft ausgehandelt wird. Beispiele für Unternehmen mit Haustarifverträgen sind Volkswagen, Lufthansa, Deutsche Bahn, Deutsche Telekom.

Prekär Beschäftigte sind Arbeitende in unsicheren und schwierigen Arbeits- und Lebensverhältnissen. Dazu zählen insbesondere Geringverdiener, Minijobber und Leih-/Zeitarbeiter.

Der **Internationale Währungsfonds (IWF)** ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Seine

Hauptaufgaben sind: Förderung der internationalen Zusammenarbeit in der Währungspolitik, Stabilisierung der Wechselkurse, Unterstützung des Welthandels, Vergabe von Krediten an Staaten und die Kontrolle der Geldpolitik der Empfängerländer von Krediten.

Der **Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)** gehören 34 hoch entwickelte Industriestaaten und einige Schwellenländer an. Ziele der OECD sind u. a. die Förderung eines nachhaltigen Wachstums und die Sicherung einer hohen Beschäftigungsrate. Die OECD mit Sitz in Paris hat nur eine beratende Funktion. Sie gibt Studien über den Entwicklungsstand in ihren Mitgliedsländern heraus.

Bruttolohn ist das Einkommen eines Arbeitnehmers vor Abzug von Steuern und Sozialabgaben. Vermögenswirksame Leistungen oder freiwillige Rentenbeiträge werden zusätzlich abgezogen. Was nach Abzug dieser individuell unterschiedlich hohen Beträge übrig bleibt, ist der **Nettolohn**. Nur dieser Betrag wird auf das Konto des Arbeitnehmers überwiesen.

Deregulierung findet statt, wenn Gesetze oder Vorschriften beseitigt werden, die in das Marktgeschehen eingreifen. Der Staat zieht sich zurück und die Marktkräfte können sich frei entfalten – soweit die Theorie. Deregulierung führt aber nicht zwangsläufig zu mehr Wettbewerb, besseren

Rahmenbedingungen und Innovationen. Deregulierung bedeutet oft den Abbau von Regelungen zum Schutz von Arbeitnehmern mit der Folge von schlechteren Arbeitsbedingungen und sinkenden Löhnen.

WSI steht für Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut. Der Arbeitsmarkt und seine Regulierung, Verteilung und soziale Sicherung sowie Arbeitsbeziehungen und Tarifpolitik sind die Schwerpunkte dieser Forschungseinrichtung, die zur Hans-Böckler-Stiftung gehört.

Hartz-Reformen wurden unter der Regierung von Gerhard Schröder (SPD) vorgenommen. In vier Etappen (zwischen 1.1.2003 und 1.7.2004) wurden insbesondere der Arbeitsmarkt dereguliert, die Arbeitslosenversicherung umgebaut, das Arbeitslosengeld II („Hartz IV“) eingeführt. Sie sind benannt nach Peter Hartz, ehemals Personalvorstand von Volkswagen, der die Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ geleitet hat. Diese hat die Reformvorschläge ausgearbeitet.

Bruttoinlandsprodukt ist der Wert aller Güter und Dienstleistungen, der in einer Volkswirtschaft innerhalb eines Jahres erwirtschaftet wird.

Produktivität je Stunde ist ein Maß für die Arbeitsproduktivität. Die Kennziffer gibt an, welche produzierte Menge durch eine eingesetzte Arbeitsstunde erwirtschaftet wird.